

Mittelstandsresolution der AfD Brandenburg

Zukunft für den Mittelstand – Zeit für eine neue Wirtschaftspolitik

Die Rahmenbedingungen für die mittelständischen Betriebe in Brandenburg sind schlecht und sie verschlechtern sich weiter. Die sattem bekannten Standortprobleme für die gesamte Wirtschaft treffen kleinere und mittelständische Betriebe in besonderer Weise. Die Bürokratielasten überfordern sie. Das Sozial-, Steuer- und Arbeitsrecht belohnt zu oft Leistungsverweigerung und bestraft Einsatz und Selbstständigkeit. Viele der Standortprobleme sind politisch zu verantworten. Was aber durch falsche Politik beschlossen wurde, kann durch richtige Politik auch wieder korrigiert werden. Unsere mittelständische Wirtschaft braucht eine Politik, die für bessere Rahmenbedingungen kämpft. Politik für den Mittelstand gibt es nur mit der AfD.

Kleine und mittelständische Unternehmen prägen den Wirtschaftsstandort Brandenburg. Sie stellen den bei weitem größten Teil der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Viele Familienunternehmen engagieren sich seit mehreren Generationen für ihre Städte und Regionen. Sie haben jede Unterstützung der Politik verdient. Doch immer öfter scheitert sogar die Übergabe des Betriebs an die nächste Generation. Die Arbeitsbedingungen als Selbstständiger sind zu schlecht. Wer die mittelständische Vielfalt für die Zukunft in Brandenburg erhalten will, muss jetzt für bessere Standortbedingungen kämpfen.

Der Mittelstand stirbt leise. Selbstständige, Handwerker, Freiberufler, Landwirte, der produzierende Mittelstand und die Dienstleistungsbranchen – die Zahl der Insolvenzen und Betriebsschließungen steigt immer weiter, jedes Jahr verschwinden einige zehntausend Unternehmen für immer vom Markt. Im Juli 2025 lagen die Insolvenzen um 19 % über dem Vorjahreswert. Während die Zahl der Arbeitslosen die 3-Mio.-Grenze überschreitet, könnten sehr viele der über 5 Millionen Bürgergeldempfänger problemlos arbeiten. Nicht nur Facharbeiter werden gesucht, sondern es bleiben auch tausende Ausbildungsstellen unbesetzt. Die Betriebe werden hiermit alleingelassen. Sie müssen stattdessen mit ihren Beiträgen den Wildwuchs des Sozialstaats finanzieren.

Mittelstandspolitik muss ganzheitlich gesehen werden. Sie ist unter anderem Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik, Steuer- und Bildungspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Sie wird in Brüssel, Berlin, Potsdam, in den Landkreisen und Kommunen gemacht. Die AfD Brandenburg kämpft überall für mehr Chancen für den Mittelstand. Das sind unsere Kernpunkte für eine bessere Mittelstandspolitik:

Energiewende beenden

Die sogenannte Energiewende hat Deutschland zu einem Hochpreisland gemacht, Arbeitsplätze gefährdet und die Energieversorgung wetterabhängig und unsicher gestaltet. Für viele mittelständische Betriebe in Brandenburg sind die Folgen verheerend.

Trotz gewaltiger Kosten ist der Einfluss Deutschlands auf das Weltklima vernachlässigbar – unter 2 % der globalen CO₂-Emissionen. Die Klimabilanz der Energiewende ist irrelevant, die wirtschaftlichen Schäden hingegen sind massiv. Wir fordern:

- Beendigung der Energiewende und aller planwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die CO₂-Bepreisung nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) sowie das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in seiner jetzigen Form.
- Ausbaustopp für Windkraftanlagen
- Rückkehr zur Nutzung moderner Kernenergie als grundlastfähige, sichere und emissionsarme Technologie – ergänzt durch fossile Energieträger, solange keine besseren Alternativen verfügbar sind.
- Wiederaufnahme der Energiepartnerschaft mit Russland, um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Die einseitige Embargopolitik schadet uns mehr als Putin.

Bürokratieabbau durchsetzen

Die Bürokratie mit überlangen Genehmigungsverfahren und zahllosen Berichtspflichten ist seit langem einer der größten Standortnachteile Deutschlands. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft schätzt, dass es 5.000 Bundesgesetze mit über 100.000 Regelungen gibt, die von Unternehmen zu beachten sind – zusätzlich zu Landes- und Kommunalregelungen sowie direkt geltendem EU-Recht. Dies überfordert den Mittelstand und längst auch die Vollzugsbehörden auf kommunaler Ebene.

Obwohl jeder von Bürokratieabbau redet, schafft die Bundesregierung weiter Behörden und Berichtspflichten (Beispiel: Tariftreuegesetz, Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz), und die EU-Kommission erlässt ständig Richtlinien und Verordnungen. Die Sonntagsreden zum Bürokratieabbau werden täglich Lügen gestraft. Wir fordern:

- Halbjährlicher Bericht des Ministerpräsidenten über Initiativen seiner Regierung zum Abbau von Bürokratie und den Stand der Umsetzung im Landtag
- Jährliche Verringerung der Landesgesetze und -verordnungen um mindestens 3 %

- Für alle neuen Regeln ist zwingend eine Geltungsbefristung vorzusehen
- Genehmigungen gelten als erteilt, wenn das Antragsverfahren eine bestimmte Dauer übersteigt
- Neue Stellen im öffentlichen Dienst nur bei Wegfall von mindestens zwei anderen Stellen – so geht Bürokratieabbau

Unternehmensnachfolge ermöglichen

Wettbewerbsfähige Betriebe zu schließen und Arbeitsplätze zu verlieren, weil keine Nachfolge gefunden wird, ist für die Betroffenen – aber auch volkswirtschaftlich – eine Katastrophe. In den neuen Bundesländern stellt sich das Problem in besonderer Schärfe, weil viele Jahre Abwanderung die Zahl potenzieller Übernehmer reduziert hat.

- Onlineportale genügen nicht – wir brauchen eine massive Offensive der Kammern und der Landesregierung, Unternehmer in Brandenburg zu werden
- Übernahmen durch Mitarbeiter müssen steuerlich besser gefördert werden
- Das Programm der Innovationsassistenten soll vorrangig zur Begleitung von Unternehmensübernahmen genutzt werden
- Bestandssicherung und Unternehmensnachfolge müssen Schwerpunkt der Fördertätigkeit des Landes werden

Sozialstaat und Arbeitsmarkt wirksam reformieren

Die weiter steigende Belastung der sozialen Sicherungssysteme verteuert Arbeit. Der öffentliche Dienst wächst immer weiter und erschwert es kleineren Unternehmen, Personal zu finden. Wir wollen:

- Die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig machen und ihre Leistungen vor allem denen zukommen lassen, die die entsprechenden Beiträge gezahlt haben
- Das Bürgergeld in seiner jetzigen Form abschaffen und durch eine aktivierende Grundsicherung ersetzen
- Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner ausweiten und steuerlich fördern
- In den Schulen und der Jugendarbeit für die duale Ausbildung werben
- Ausbildungsvergütungen steuerfrei stellen

- Heimische Qualifizierungspotenziale konsequenter für den Arbeitsmarkt nutzen

Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik: Mittelstand im Mittelpunkt

Viele kleinere und mittelständische Betriebe – vor allem im Einzelhandel, der Gastronomie und im Dienstleistungssektor – kämpfen ums Überleben. Sie brauchen wirksame Unterstützung durch die Politik, wo immer das geht. Wir wollen:

- Die Kommunalverfassung dahingehend reformieren, dass die Förderung des Mittelstands ein Leitprinzip der Kommunalpolitik wird, vor allem in den Bereichen wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und Mitwirkung der Einwohner
- Der Mittelstandsbericht der Landesregierung wird künftig transparent machen, wo Genehmigungsverfahren überdurchschnittlich schnell und überdurchschnittlich langsam bearbeitet werden
- Im Wirtschaftsministerium wird eine Ombudsstelle eingerichtet, an die sich Mittelständler bei allen Anliegen wenden können, die kommunale Genehmigungen betreffen

Auch Großunternehmen sind wichtig für unser Land, vor allem im Bereich der Forschung, Entwicklung und Industrieproduktion. Wir unterstützen sie. In der Vergangenheit standen aber Milliarden an Subventionen für vor allem politisch gewollte Investitionen zur Verfügung, die dann an der wirtschaftlichen Realität und der sogenannten Transformation scheiterten. Das muss beendet werden.

Unsere Wirtschafts- und Förderpolitik dient dem Brandenburger Mittelstand und den Chancen für wirtschaftliche Selbstständigkeit. Unternehmerische Freiheit braucht neuen Schwung und bessere Rahmenbedingungen. Dafür steht die AfD.

Beschlossen vom Landesparteitag
am 8. November 2025 In Brandenburg a.d. Havel